

Aktuelle Post aus dem Kreistag (10)



26. August 2017

Liebe Freundinnen und Freunde!
Liebe Genossinnen und Genossen!

Zeitweise ging es auf der Kreistagssitzung vom 23. August 2017 hoch her. Der Umgang der großen Koalition - SPD und CDU - mit Anträgen der kleineren Fraktionen ließ die Emotionen hoch kochen: Arroganz und offene Macht wurden demonstriert.

Unnötig! Denn die Koalition hat die Mehrheit und könnte eigentlich die Größe haben, die Opposition souverän zu ertragen.

Vier Anträge hat unsere Fraktion DIE LINKE. / Piraten gestellt. Wir berichten darüberhinaus von Anträgen der Grünen und Freien Wähler, denen auch wir zugestimmt haben.

Nicht auf die Tagesordnung kam die Änderung der Geschäftsordnung des Kreistags. Dieser Punkt wurde verschoben – wir vermuten hinter die Bundestagswahl. Mit dieser Geschäftsordnung sollen die Rechte kleiner Fraktionen enorm beschnitten werden – politisch und auch finanziell. Da wir nicht zum Masochismus verpflichtet sind, werden wir auch hierüber berichten.

Das sind die Themen dieser Ausgabe:

1. Rücklicht
2. Antrag DIE LINKE. für den Erhalt des Ausbildungsgangs Sanitär- und Heizungstechnik an der Berufsschule Nidda
3. Antrag DIE LINKE. / Piraten zur Rehabilitierung von Barbara Degen
4. Antrag DIE LINKE. / Piraten zur Gewinnausschüttung der Sparkasse Oberhessen
5. Antrag DIE LINKE. / Piraten zum Erhalt des Landeswohlfahrtsverbands (LWV)
6. Antrag der Freien Wähler zum Umgang mit dem Millionenbetrug bei der Sparkasse Oberhessen
7. Antrag der Grünen zur Ausschreibung von Vortandsposten beim ZOV-Konzern
8. Änderung der Geschäftsordnung des Kreistags

RÜCKLICHT



Wechsel in der Fraktion DIE LINKE./

Piraten: Rudi Kreich (links) schied nach sechs Jahren aus der Kreistagsfraktion aus. Er steht uns aber noch als Geschäftsführer zur Verfügung und wird weiterhin sein Mandat im ZOV (Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe) wahrnehmen. Nachgerückt ist Peter Zeichner, Gymnasiallehrer aus Rockenberg. Am 23. August nahm er zum ersten Mal an der Kreistagssitzung teil.

Wetteraukreis soll sich bei Professor Gallhofer entschuldigen

Das Ermittlungsverfahren gegen den Leiter der Universitätspsychiatrie Gießen, Bernd Gallhofer, wurde als unbegründet eingestellt. Der Wetteraukreis hatte den Arzt mit einer Anzeige einzuschüchtern versucht, weil er die skandalöse Abschiebung eines Kosovaren an die Öffentlichkeit brachte. Der psychisch kranke Mann war unter einem Vorwand aus der Psychiatrie in die Ausländerbehörde Wetterau gelockt und dort verhaftet und abgeschoben worden. DIE LINKE forderte nun, dass sich der Wetteraukreis bei Dr. Gallhofer entschuldigt und dem kranken Patienten eine weitere Behandlung ermöglicht, die im Kosovo derzeit nicht stattfinden kann. Die Abschiebung des schwer kranken Patienten war ein Tabubruch sondergleichen. Leider wurde im August auch in der Psychiatrischen Klinik Friedberg ein kranker Mann verhaftet und abgeschoben.



Antrag DIE LINKE. / Piraten: Für den Erhalt des Ausbildungsgangs Sanitär- und Heizungstechnik an der Beruflichen Schule in Nidda

Die Ausbildung zum Sanitär- und Heizungstechniker an der Beruflichen Schule Nidda ist gefährdet. Die Zahl der Auszubildenden erreicht nicht die vorgesehenen Klassengrößen. Deswegen sollen die Azubis nach Friedberg in die Berufsschule fahren.

Fallen aber die Berufsschulplätze in Nidda weg, schadet das den kleinen und mittelständischen Betrieben.

Unser Antrag und unsere Rede sind hier zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/796-erhalt-des-ausbildungsgangs-sanit%C3%A4r-und-heizungstechnik-in-nidda.html>

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/reden/809-erhalt-des-ausbildungsgangs-%E2%80%9Esanit%C3%A4r-und-heizungstechnik%E2%80%9C-an-der-beruflichen-schule-nidda.html>

Schuldezernent Weckler (CDU) stellte seine Bemühungen dar, das Überleben der Ausbildungsklassen in Nidda zu sichern. Aber sehr überzeugend klang das nicht. Er setzt darauf, dass zukunftssträchtigere Berufe in Nidda und Büdingen ausgebildet werden sollten – zum Beispiel Logistik. Wieso Sanitär- und Heizungstechnik nicht zukunftssträchtig sein sollen, erschließt sich uns nicht. Und eine Erweiterung in die Klimatechnik halten wir für sehr zukunftssträchtig. Die Nutzung regenerativer Energien wird sicher ansteigen. Der Antrag wurde in den Bildungsausschuss verwiesen.

Antrag DIE LINKE. / Piraten: Rehabilitierung von Frau Barbara Degen, Leiterin der VHS Friedberg von 1971 bis 1974 – erster hessischer Berufsverbotsfall

Eine Rehabilitierung und eine Entschuldigung wegen der Diffamierungskampagne im Falle Barbara Degens lehnte der Kreistag mehrheitlich ab.

Um was geht es? 45 Jahre nach Einführung des Radikalenerlasses wurden die Opfer der Berufsverbotspraxis immer noch nicht rehabilitiert. Bei den Betroffenen haben sich die Behörden bisher nicht entschuldigt.

Der Radikalenerlass führte zum Berufsverbot für viele Menschen, die als Lehrerinnen und Lehrer, in der Sozialarbeit, als Post- oder Bahnbeschäftigte oder in der Rechtspflege tätig waren bzw. sich auf einen solchen Dienst vorbereiteten. Keinem einzelnen der vielen Betroffenen konnte vor Gericht jemals eine konkrete Verfehlung nachgewiesen werden. Zu diesen Menschen gehört auch Barbara Degen.

Sie war von 1971 bis 1974 Leiterin der Kreisvolkshochschule Friedberg.

Frau Degen engagierte sich in der aufkommenden Frauenbewegung, sie war - und ist es auch noch - Gewerkschafterin, sie war erst Mitglied der SPD und wechselte später zur DKP.

1973 begann sich die örtliche CDU-Fraktion auf „die Kommunistin“ einzuschießen, verbreitete in Pressekampagnen Zweifel an ihrer Verfassungstreue.

KOMMUNISTIN IM FRIEDBERGER LANDRATSAMT!!

BARBARA LIESS DIE MASKE FALLEN!

Die Leiterin der Friedberger Volkshochschule, **Frau Barbara Degen**, ist vor einiger Zeit aus der SPD ausgetreten und Mitglied der DKP geworden.

WO PARTEIEN FARBE BEKENNEN MÜSSEN

In der Kreistagssitzung vom 6. Juni 1973 hat die CDU-Fraktion verlangt, daß die Entscheidung des Kreis Ausschusses mißbilligt wird, Frau Degen trotz ihres Bekenntnisses zum Kommunismus die Leitung der Abt. Friedberg der VHS des neuen Wetteraukreises zu übertragen.

SPD und FDP haben diesen Antrag abgelehnt – so wird in Zukunft Friedbergs Volkshochschule von einer Kommunistin geleitet werden!

Muß man nicht befürchten, daß sich hier eine Aktionseinheit von Sozialisten und Kommunisten anbaut?

Bürger - Wehret den Anfängen!!!

CDU-Kreisverband Wetterau

DGB und GEW leisteten solidarische Unterstützung. Zunächst auch die örtliche SPD – doch sie schwenkte schließlich auf die CDU-Kampagne ein. Ende 1974 wurde Barbara Degen der erste Berufsverbotsfall in Hessen. 130 weitere hessische Berufsverbotsfälle sollten folgen.

Erst mit der ersten rot-grünen Landesregierung wurde in Hessen die Berufsverbotepraxis endlich beendet.

In der Wetterauer Zeitung schaltete die CDU damals Anzeigen, von denen wir hier zwei abbilden.

Horst Geipel – einer der aggressivsten Hetzer – war NSDAP-Mitglied und Untersturmführer (Angehöriger der 10. SS-Panzer-Division „Fruudsberg“).

Wetterauer Zeitung 9. Juni 1973

Wetterauer Zeitung 24. 10. 1974

Die CDU beweist, was sie sagt:

„Der Einfluß der Radikalen an Hessens Schulen nimmt zu!“
Dies erklärte „unser Mann“ für den Landtag, HORST GEIPEL.



Horst Geipel
Landtagskandidat

Hier der Beweis:

1. Dr. Rainer Eckert, DKP-Landtagskandidat, der den Wert freier Wahlen öffentlich bezweifelt, als Lehrer in Hessen neu eingestellt.
2. Anne Lenhart, DKP-Bundeslandtagskandidatin, aus Schuldienst Rheinland-Pfalz entlassen, diese Entlassung vom Obergericht Koblenz für rechtens befunden, nunmehr als Lehrerin in Hessen eingestellt.
3. Dr. Steinfeld, aktiver Kommunist, durch Urteil (OVG Koblenz) aus Schuldienst entlassen, nunmehr in Hessen als Lehrer eingestellt.
4. Barbara Degen, kommunistische Wahlkämpferin, von der Wetterauer SPD als Leiterin der Volkshochschule im Amt gehalten.

Genügen diese Beweise, verehrter Herr Görlach?

Oder müssen wir noch hinzufügen:

Sie operieren mit der Statistik der Radikalen im Staatsdienst: Baden-Württemberg 246 Linksradikale, Bayern 155 und Hessen 138.

Dabei vergessen Sie zweierlei:

1. Baden-Württemberg und Bayern haben wesentlich mehr Einwohner als Hessen – Bayern allein doppelt so viel. Das heißt

aber, daß Hessen in Wahrheit sehr viel schlechter dasteht!

2. Es kommt doch wohl sehr darauf an, an welcher Stelle des Staates die Kommunisten, Anarchisten und Extremisten ihr Unwesen treiben können. Wenn sie – wie z. B. bei uns – als Professoren in der Lehrerbildung oder in der Lenkung der Erwachsenenbildung wirken, dann trifft die Feststellung von Herrn Geipel doch zu 100 Prozent zu:

„In Hessens Schulwesen nimmt der Einfluß der Radikalen zu!“

Ein Landrat entgleist

Zum zweitenmal innerhalb einer Woche betätigt sich der Verwaltungschef des Wetteraukreises als Erfinder von Parolen. (Eigen-

lich bezahlt ihn der Steuerzahler ja für andere Tätigkeiten.) Kühn behauptet Dr. Kuhn: Herr Geipel habe als von den Schülern gewählter Kreisvertrauenslehrer Wahlmaterial auf Kreiskosten versandt. Zu dieser unglaublichen Unwahrheit stellt Herr Geipel fest:

Er hat noch nie Wahlmaterial an Schulen versandt, er hat seit Anfang Juli überhaupt nicht mehr an Schulen geschrieben, er hat bereits gestern beim Landgericht Gießen den Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen Dr. Kuhn beantragt, die dem Landrat „mit der schnellen Zunge“ die Verbreitung solcher Lügen untersagen soll.

Wir meinen:

Dr. Kuhns Entgleisung bestätigt die Ansicht unserer Bürger

CDU  **besser für Hessen!**

Der Radikalenerlass ist ein trauriges Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte und wahrlich kein Ruhmesblatt unserer vielgepriesenen Demokratie.

3,5 Millionen Bundesbürgerinnen und Bundesbürger wurden vom Verfassungsschutz überprüft. Tausende erhielten Berufsverbot.

Viele Menschen hatten Angst, sich in der außerparlamentarischen oder parlamentarischen Linken, bei antifaschistischen und antirassistischen Organisationen oder anderen demokratischen Projekten zu engagieren. Jahre später nannte Brandt den Radikalenerlass einen „Irrtum“.

Aber diese Art der politischen Säuberung, der Bespitzelung und Ausgrenzung politisch unliebsamer Beschäftigter, prägte für Jahre und Jahrzehnte ein Klima der Einschüchterung.

Das „Komitee gegen Berufsverbote“ nahm den 45. Jahrestag zum Anlass, die Rehabilitierung zu fordern. Aber es geht Ihnen auch darum, dass diese Zeit öffentlich aufgearbeitet wird. Dass die Opfer finanziell entschädigt werden. Und dass sie das Recht erhalten, Einsicht in ihre Akten beim Verfassungsschutz zu nehmen.

Der Landrat empfing Frau Degen im April, zeigte aber wenig Verständnis für ihr Anliegen nach Rehabilitierung. In der Kreistagsdebatte behauptete er nun, das sei kein Berufsverbotsfall gewesen, da Frau Degen bei ihrer Entlassung einem Vergleich und einer Abfindung zugestimmt habe. Deshalb brauche sich auch niemand entschuldigen.

Das ist doch beschämend! Formal mag diese Behauptung stimmen – doch eine öffentliche Hetzkampagne, wie sie gegen Barbara Degen gefahren wurde, hinterlässt natürlich enormen psychischen Druck. So verwundert es nicht, dass Frau Degen zuletzt einem Vergleich zustimmte. Die Entlassung war eindeutig die Folge der politischen Hexenjagd. Auch stellte Arnold eine Version des Gesprächs mit Barbara Degen dar, in der er vom Thema Rehabilitierung und Berufsverbot ablenkte. Er habe interessiert zugehört und Frau Degen habe ihm ihre Aufarbeitung der damaligen Zeit dargestellt. Damit schwenkte er wunderbar vom eigentlichen Problem ab: der Hetzkampagnen gegen Kommunist_innen seitens der CDU, denen irgendwann auch die SPD nichts mehr entgegensetzen wollte.

Unsere Rede zur Rehabilitierung Barbara Degens ist hier zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/reden/810-rehabilitierung-von-frau-barbara-degen-erstes-berufsverbotsopfer-in-hessen-1974.html>

Antrag DIE LINKE. / Piraten: Gewinnausschüttung der Sparkasse Oberhessen an die Trägerkreise. Zweckgebunden sollte damit der soziale Wohnungsbau in der Wetterau angekurbelt werden

Wiederholt haben wir beantragt, dass an die Sparkasse Oberhessen herangetreten wird, damit sie einen Teil ihrer Gewinne an die Kreise Wetterau und Vogelsberg abführt. Laut Sparkassengesetz ist dies bis zu einer Höhe von 66 Prozent möglich.

Wiederholt haben dies SPD und CDU sowie Abgeordnete aus dem rechten Lager abgelehnt.

Unsere Rede:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren!

Eine Beteiligung an der Finanzierung der vielfältigen Aufgaben der Trägerkreise wird in der 156. Vergleichenden Prüfung „Betätigung bei Sparkassen“ ausdrücklich eingefordert und ist laut Sparkassengesetz bis zu einer Höhe von 66 Prozent der Bilanzgewinne zulässig. Es steht in diesem Prüfbericht außerdem, dass die Trägerkreise nicht auf diese Einnahmen verzichten sollten.

Das haben wir hier bereits früher dargelegt und heute beantragen wir wiederholt die Abführung eines Teils des Bilanzgewinns der Sparkasse Oberhessen. Wir fänden 40% angemessen.

Und kommen Sie uns jetzt bitte nicht wieder damit, dass dann die Sparkasse zusammenbrechen würde. Die Sparkasse Oberhessen erfüllt alle Forderungen nach Rücklagen und alle Basel-Vorgaben. Deshalb ist und bleibt Ihre Argumentation ein Ablenkungsmanöver! Ich erinnere Sie hier gerne an die Sparkasse Groß Gerau, die 54,3% der Bilanzgewinne an den Kreis abführt. Zusammengebrochen ist die noch nicht.

Meine Damen und Herren,

das Geld könnte in die Finanzierung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft eingebracht werden. Der Bau bezahlbarer Wohnungen ist eine Aufgabe, für die dringende Lösungen gefunden werden müssen!

Jetzt mal ein Einschub:

Im Februar letzten Jahres beschloss dieser Kreistag, der Kreisausschuss soll die Option für eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft prüfen. Ist daraufhin irgend etwas geschehen? Es ist über das Ergebnis der Prüfung hier nicht berichtet worden. Außer dass sich der Landrat angegriffen fühlte, weil wir wegen dieser Missachtung eines Kreistagsbeschlusses eine Rüge beantragt hatten: Wir seien zu doof, den Ausschusssitzungen zu folgen. In den Ausschüssen sei mehrfach über das Prüfergebnis berichtet worden. Sehr seltsam ist aber, dass in keinem Protokoll der Ausschüsse auch nur ein Wort darüber zu finden ist. Aber das nur nebenbei – darauf werden wir an anderer Stelle nochmal zurückkommen.

Meine Damen und Herren,

Warum wollen wir die Gewinnbeteiligung und zu welchem Zweck?

Das ergibt sich aus der dramatischen Wohnungssituation besonders für Menschen im unteren Einkommensbereich.

Das Institut für „Wohnen und Umwelt“ hat im April 2017 eine Studie veröffentlicht, die von der Hessischen Landesregierung in Auftrag gegeben worden war.

Darin wird festgestellt, dass bis 2040 im Wetteraukreis 24 200 neue Wohnungen nötig wären. Um dies zu erreichen, müssten schon bis 2020 jährlich 1900 Wohnungen fertiggestellt werden.

Die aktuelle Situation sieht so aus: Seit 2014 entstanden nur 810 Wohnungen pro Jahr. Das waren in erster Linie keine Mietwohnungen sondern Wohnungen im oberen Preissegment.

Dazu kommt noch, dass sich die Zahl der Sozialwohnungen oder sozial gebundenen Wohnungen in Hessen mehr als halbiert hat. Auch im Wetteraukreis wurden

Sozialwohnungen abgebaut. Die Bautätigkeit einiger Kommunen reicht bei Weitem nicht, um auch nur den Verlust an Sozialwohnungen auszugleichen.

Um die Wohnungsnot im unteren Einkommenbereich endlich anzugehen, kann sich die Politik in der Wetterau keine weitere Ignoranz leisten!

Jetzt muss eine Kehrtwende erfolgen, um den Notstand bei bezahlbaren Wohnungen im Wetteraukreis zu beenden bzw. abzumildern.

Deshalb sind alle Einnahmequellen für den Wohnungsbau heranzuziehen!

Die Debatte zu diesem Punkt verlief einigermaßen skuril. Es gab Zwischenrufe von CDU-Abgeordneten, die nicht verstanden, was die Sparkassengewinne mit Wohnungsbau zu tun haben könnten. Es gab Einwände der SPD, die sich sorgte, dass die Gewinne der Sparkasse dann ja auch versteuert werden würden. Dann ginge ja ein Teil nicht an den Wetteraukreis, sondern nach Berlin. Deswegen müsse man das Geld in die Sparkassenstiftung geben. Es gab einen Diskussionsbeitrag der AfD, die den Fortbestand der Sparkasse gefährdet sah.

Der Landrat wollte klarstellen, dass der Kreis nicht einfach eine Wohnungsbaugesellschaft gründen könne. Er könne sich bestenfalls in Gemeinden ohne WoBau engagieren.

Wir sagen dazu: Dann mal los! Engagieren Sie sich! Und erzählen sie uns nicht immer wieder, es sei besser die Sparkassengewinne in die Sparkassenstiftung zu geben. Eine Stiftung verfügt über das Geld nach Gutsherrenart. Und dass die Steuern umgangen werden müssten, das wollen sie uns wirklich als Argument anbieten?

Der vollständige Antragstext mit Begründung ist hier zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/798-sparkasse-oberhessen-soll-bilanzgewinnanteil-abf%C3%BChren.html>

Antrag DIE LINKE. / Piraten: Verbleib der Eingliederungshilfe beim Landeswohlfahrtsverband (LWV) Hessen – der LWV muss erhalten bleiben.

Der Sachverhalt: die wohlhabenden Städte der Rhein-Main-Region wollen dem LWV die Eingliederung von Menschen mit Behinderung entziehen. Sie nennen das „Rekommunalisierung“. Dahinter steckt die Erwartung, man könne Geld einsparen. Doch eine solche Entscheidung hätte weitreichende Folgen: für die Menschen mit Behinderung und für die finanzschwächeren Landkreise.

Hier unsere Rede, in der der Sachverhalt dargestellt wird:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
wir wissen, dass die Umlage für den Landeswohlfahrtsverband einen großen Posten im Kreishaushalt ausmacht. Und in Zeiten der knappen kommunalen Kassen kann man schon mal auf die Idee kommen, diese hohen Ausgaben zu beschneiden.

Auf diese Idee sind jetzt die wohlhabenden Städte der Rhein-Main-Region gekommen. Im Städtetag wurde darüber diskutiert - und im Präsidium auch schon abgestimmt - dass die Solidarfinanzierung des LWV in der bisherigen Form aufgekündigt werden soll. Diese Idee

der Entsolidarisierung wird mit der politischen Botschaft der Rekommunalisierung verkauft.

Es geht um Einsparungen! Die Qualität der Eingliederungshilfe und die hohe fachliche Kompetenz des LWV spielt offensichtlich keine Rolle.

Meine Damen und Herren,

wir halten diese Überlegungen für grundfalsch! Und wir möchten Sie bitten, dieser Aufkündigung des bisherigen Solidarsystems entgegenzutreten!

Dafür führen wir folgende Gründe an:

Momentan zahlen alle Kreise und kreisfreien Städte je nach ihrer Steuerkraft den gleichen Prozentsatz in die Kasse des LWV ein. Durch die Umlage findet ein solidarischer Ausgleich statt. In allen Regionen Hessens - ob finanzstark oder strukturschwach - sind die erbrachten Leistungen für die betroffenen behinderten Menschen dadurch gleich.

Der LWV sichert also landesweit gleichwertige Standards in der Behindertenhilfe.

Und der LWV Hessen ist nach wie vor ein Garant hoher Qualität in der Behindertenhilfe.

Wir Linken kritisieren zwar den um sich greifenden neoliberalen Zeitgeist und eine zunehmend dominante betriebswirtschaftliche Sicht auf die Hilfen für Menschen mit Behinderung. Aber die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LWV haben Erfahrung und hohe fachliche Kompetenzen.

Der LWV kann auf eine jahrzehntelange Praxis bei der Eingliederung von Menschen mit Behinderung zurückgreifen. Und damit kann er auch die Anforderungen meistern, die das neue Bundesteilhabegesetz (BTHG) stellt.

Der LWV hat erprobte Strukturen. Sollte das Solidarpaket aufgelöst werden, müssten die Kommunen erst tragfähige Arbeitsformen schaffen.

Der LWV ist ausschließlich für Menschen mit Behinderung zuständig. Er braucht sich nicht zwischen wichtigen kommunalen Aufgaben entscheiden: Wenn das Geld knapp wird, müssen Kommunalparlamente abwägen, was ihnen wichtiger ist: die Ausstattung eines Wohnheims für Menschen mit Behinderung, die Kinderbetreuung oder die Sanierung einer Schule.

Der LWV ist für die gesamte Struktur des Hilfesystems in Hessen verantwortlich. Bei den Kommunen besteht eher die Gefahr, dass Einrichtungen privatisiert werden.

Meine Damen und Herren,

Der Ausstieg aus dem Solidarsystem würde zu ungleichen Verhältnissen bei der Eingliederung von Menschen mit Behinderung führen. Eine gute Versorgung wäre dann vom jeweiligen Wohnort und der Kassenlage des Kreises oder der kreisfreien Stadt abhängig.

Zwingend muss die Qualität und fachliche Kompetenz der Versorgung bei einer Entscheidung über die Eingliederungshilfe im Mittelpunkt stehen.

Das leistet der LWV auf hohem Niveau und daran reichen die Möglichkeiten der meisten Kommunen und Kreise nicht heran.

Wir bitten Sie daher um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag.

Der Antrag in voller Länge ist hier zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/791-landeswohlfahrtsverband-lwv-erhalten.html>

SPD und CDU stellen einen Änderungsantrag, der angenommen wurde. Dieser Antrag beinhaltet wichtige Punkte, die bei der Umsetzung des neuen Bundesteilhabegesetzes eine Rolle spielen: lokale Strukturen, Sozialraumorientierung, Blick auf den betroffenen Menschen. Wir vermissen aber eine verbindliche Aussage zu einer Solidargemeinschaft und zum Erhalt des LWV.

Weitere Informationen für interessierte Leserinnen und Leser:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/start/die-linke-fraktion-im-lwv2.html>

Antrag Freie Wähler: Umgang mit dem Millionenbetrug bei der Sparkasse Oberhessen

wir haben einem Antrag der Freien Wähler zugestimmt, der eine geschlossene Ausschusssitzung fordert, in der über den Millionenbetrug bei der Sparkasse Oberhessen informiert wird. Die Freien Wähler verwiesen auf die Personalüberschneidungen von Kreistag und Verwaltungsrat der Sparkasse. Der Wetterakreis sei Träger der Sparkasse Oberhessen und dadurch bestehe ein berechtigtes Interesse an Information.

Das ist unsere Rede:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren!
Die Fraktion DIE LINKE. / Piraten unterstützt ausdrücklich diesen Antrag der FWG/UWG!
Die Sparkasse Oberhessen ist eng mit dem Wetteraukreis verflochten. Der Aufsichtsrat ist mit Politikerinnen und Politikern aus diesem Kreistag besetzt.
Ein so gravierender Betrugsfall zieht zwei Fragen nach sich:
Einmal die Frage: Wie konnte ein Betrag von 9 Millionen Euro veruntreut werden?
Zum anderen: Wie kann das zukünftig vermieden werden?
In Presseerklärungen fand der Vorstand der Sparkasse Oberhessen eher blumige Worte, die so offenkundig zur Beruhigung dienen sollten, dass man stutzig wird.
Herr Sedlack erklärte beispielsweise nach Bekanntwerden des Falles: „Es ist getan worden, was getan werden konnte. Und es wird auch in den nächsten Tagen und Wochen getan, was getan werden kann.“
Ja was denn sonst, meine Damen und Herren! Davon geht man doch aus, dass getan wird was getan werden kann!
Die Frage bleibt: Was wurde denn in den 8 bis 10 Jahren getan, in denen der Mitarbeiter die Millionen abgezweigt hat? Wurde da auch getan, was getan werden konnte?
Klingt nach: Hat sich bemüht. Und das ist bekanntermaßen grottenschlecht!
In der Presse wurde auch erklärt, es seien umfassende Sicherungsmechanismen“ vorhanden gewesen. Auch hier stellt sich die Frage, ob alles getan wurde, was getan werden kann. Denn diese „umfassenden Sicherungsmechanismen“ haben dann ja wohl 10 Jahre lang versagt.
Es gibt also viele offene Fragen an die Mitglieder des Sparkassenverwaltungsrats.

Immerhin wurde zugesagt, dass in einer geschlossenen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses ein Bericht des Vorstands der Sparkasse erbeten wird.

Antrag der Grünen: Ausschreibung der Kernvorstandsposten im ZOV-Konzern nach fachlichen Kriterien

Mal abgesehen davon, dass wir finden, nicht nur „Kernvorstandsposten“ müssen nach fachlichen Kriterien besetzt werden – haben wir dem Antrag der Grünen zugestimmt. Wir hatten uns ja schon in der Presse geäußert, dass wir es ablehnen, wenn Vorstandsposten als Erbhöfe an Politiker vergeben werden, die in die Jahre gekommen sind. So war das bisher gehandhabt worden. Aber so muss das nicht bleiben!

Hier ist unsere Rede:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich will es mal so sagen: CDU und SPD nehmen den Namen „Oberhessische Versorgungsbetriebe“ offensichtlich allzu wörtlich. Der Zweckverband wurde in der Vergangenheit immer wieder als Versorgungsbetrieb für amtsmüde Kommunalpolitiker genutzt.

Die Erklärung des Landrats, für einen Vorstandsposten zur Verfügung zu stehen, ist eine Sache. Erklären kann er ja viel. Ob dann ein geräuschloser Übergang erfolgen wird, wie es in der Vergangenheit ja immer war, das ist eine andere Sache.

Fest steht: Eine Sternstunde demokratischer Gepflogenheiten war und ist ein solch automatischer Wechsel nicht!

Meine Damen und Herren,

Wir haben eine andere Auffassung davon, wie Leitungspositionen in öffentlichen Betrieben besetzt werden sollten. Im Vorfeld sollte da gar nichts hinter verschlossenen Türen besprochen werden! Wir erwarten, dass Bewerberinnen und Bewerber, die sich auf die Ausschreibung melden werden, eine realistische Chance erhalten. Ihre Expertise muss ebenso unvoreingenommen geprüft werden, wie bei Landrat Arnold. Neben wirtschaftlicher Kompetenz erwarten wir vom neuen Vorstandsmitglied auch einen offenen Umgang mit der demokratisch gewählten Versammlung. Und dass in der Geschäftsphilosophie Transparenz und soziale Fragen eine Rolle spielen, wie beispielsweise die Vermeidung von Stromabschaltungen oder ein Sozialfonds zur Anschaffung energieeffizienter Haushaltsgeräte.

Meine Damen und Herren,

die Behandlung der OVAG als politischer Erbhof der großen Parteien ist noch nie in Ordnung gewesen. Aber jetzt, in dieser Zeit großer Umbrüche auf dem Energiesektor, sollte es selbstverständlich sein, so wichtige Posten mit ausgewiesenen Experten zu besetzen. Es sollte nach Fachleuten mit langjähriger Geschäftsführererfahrung und viel technischem Know-how, insbesondere auf energetischen Zukunftsfeldern Ausschau gehalten werden.

Wen wundert es, dass dieser Antrag abgelehnt wurde?

und verwarten Gabi Faulhaber, weil sie darüber außerhalb dieses Gremiums berichtete.

Aber eins ist klar: wir sind nicht zum Masochismus verpflichtet! Und wir würden uns über Ihre / eure Unterstützung auch sehr freuen!



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Peter Zeichner, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber